



## PRESSEMITTEILUNG

Nürnberg, den 12. März 2014

### **Mehr Migrantinnen in die Politik!**

**Anlässlich der Kommunalwahlen in Bayern am 16. März 2014 fordert das Migrantinnen-Netzwerk Bayern mehr politische Partizipationsmöglichkeiten für Migrantinnen.**

In Bayern hat mehr als eine Million Frauen eine Migrationsgeschichte. Dies entspricht fast einem Zehntel der bayerischen Gesamtbevölkerung. In den bayerischen Gemeinde- und Stadträten gibt es bisher jedoch nur sehr wenige Mandatsträgerinnen mit Migrationsgeschichte. „Diese fehlende Repräsentation von Migrantinnen in der bayerischen Politik ist nicht hinnehmbar“, betont Marissa Pablo-Dürr, die Vorsitzende des Migrantinnen-Netzwerks Bayern, „denn wir Migrantinnen wollen unsere Bedürfnisse selbst artikulieren und unsere Interessen auch in der Politik selbst vertreten und dies insbesondere dort, wo wir leben und arbeiten.“

Anders als bei der Landtagswahl im September 2013, bei der keine Migrantin in den Bayerischen Landtag eingezogen war, haben bei den anstehenden Kommunalwahlen einige Migrantinnen aussichtsreichen Listenplätze und damit die Chance auf ein Mandat im Stadtrat. „Das ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr politischer Teilhabe von Migrantinnen und hilft, das gesellschaftlich vorherrschende, oft klischeehafte Bild von Migrantinnen zu korrigieren“, freut sich Marissa Pablo-Dürr. „Und hier können die Parteien noch mehr machen,“ fügt sie hinzu.

Das Migrantinnen-Netzwerk Bayern fordert deshalb alle demokratischen Parteien in Bayern auf, sich für ein Kommunales Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Menschen einzusetzen. Bei den Kommunalwahlen in Deutschland haben außer den deutschen Staatsangehörigen bisher nur die Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union aktives und passives Wahlrecht. 4,45 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner mit einem anderen Pass, sogenannte Drittstaatler und Drittstaatlerinnen, sind von diesem demokratischen Recht ausgeschlossen. Diese Menschen leben jedoch zum Teil bereits seit Jahrzehnten in Deutschland und erfüllen ganz selbstverständlich ihre staatsbürgerlichen Pflichten. Es ist deshalb mit den Grundsätzen einer demokratischen Gesellschaft unvereinbar, sie bei Kommunalwahlen zu bloßen Zuschauern zu machen. Das derzeitige Dreiklassenwahlrecht mit vollwahlberechtigten deutschen Staatsbürgern, kommunalwahlberechtigten EU-Bürgern und wahlrechtslosen Drittstaatsangehörigen muss endlich abgeschafft werden.

Zudem fordert das Migrantinnen-Netzwerk Bayern alle Parteien auf, Migrantinnen in Zukunft bei Wahlen auf aussichtsreichen Listenplätzen zu positionieren und Migrantinnen gezielt für eine Mitarbeit in ihren Strukturen anzusprechen, zu gewinnen und zu fördern.

#### **Kontakt:**

Marissa Pablo Dürr, Vorsitzende des Migrantinnen-Netzwerks Bayern,  
Tel.: 0176-50121777